Gesetzes- u. Verordnungsblatt

der Evang. Landeskirche in Baden

Ausgegeben

Karlsruhe, den 25. August

1982

Inhalt:

	Seite		Seite
Dienstnachrichten	147	Bekanntmachungen:	
Ausschreibung von Pfarrstellen	148	Errichtung einer Pfarrstelle in der Evang. Kirchengemeinde Ühlingen-Birkendorf	152
Verordnungen:		Theologische Prüfungen im Winter 1982/83, im Frühjahr und Sommer 1983	152
Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 6 des kirchl. Gesetzes über die Vermögensverwaltung und die Haushaltswirtschaft in der Evang. Landeskirche in Baden	149	Bibelkundeprüfungen im Jahr 1983	152
Ordnung des Verbandes für Kindergottesdienstarbeit der Evang. Landeskirche in Baden	150	Hinweise zur Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 6 KVHG	152
		Instandhaltung von Dienst- und Werkdienstwohnungen (Tapetenpreise)	153

Dienstnachrichten

Entschließungen des Landesbischofs

Berufen auf weitere 6 Jahre

(gemäß § 98 Abs. 2 und 3 Grundordnung):

Schuldekan Gerhard **Rosewich** in Pforzheim zum Schuldekan für den Evang. Kirchenbezirk Pforzheim-Stadt ab 1. 9. 1982.

Berufen auf Grund von Gemeindevwahl

(gemäß § 11 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrer Dr. theol. Paul Christoph **Böttger** in Jüchen-Kelzenberg zum Pfarrer in Konstanz-Litzelstetten nach Aufnahme unter die Pfarrer der Evang. Landeskirche in Baden,

Pfarrer Richard **Hohendorff** in Mudau zum Pfarrer in Karlsbad-Ittersbach,

Pfarrer Dr. theol. Jochen **Winkler** in Freistett zum Pfarrer der Pfarrstelle I des Gruppenpfarramts in Badenweiler.

Berufen

(gemäß § 12 Abs. 1 Buchst. a Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrer Traugott **Fränkle** in Lenzkirch zum Pfarrer in Betberg-Seefeld. Mit dem Pfarrdienst in Betberg-Seefeld ist der seelsorgerliche Dienst im „Haus der Besinnung“ verbunden.

Berufen

(gemäß § 14 Abs. 1 Pfarrstellenbesetzungsgesetz):

Pfarrer Ruth **Pfisterer** in Karlsruhe (zuletzt Frauenarbeit) zur Pfarrerin der Krankenhauspfarrstelle in Heidelberg-Rohrbach.

Entschließung des Landeskirchenrats

Beurlaubt:

Religionslehrer Pfarrer Ulrich **Wüstenberg** in Heidelberg (Willy-Hellpach-Schule) zur Übernahme einer Assistentenstelle am Praktisch-Theologischen Seminar der Universität Heidelberg.

Entschließungen des Oberkirchenrats

Aufgenommen unter die Pfarrvikare der Evang. Landeskirche in Baden:

Kandidat Axel-Werner **Köckert** in Ettlingen, der im Frühjahr 1982 die zweite theologische Prüfung bestanden hat,

Dr. theol. Michael **Plathow**, der im Sommer 1974 die zweite theologische Prüfung bestanden hat.

Beauftragt:

Pfarrer Hanfried **Koch** mit der Verwaltung der Pfarrstelle Todtmoos nach Verzicht auf die Pfarrstelle Kappelrodeck,

Pfarrvikar Hans-Joachim **Zobel** in Karlsruhe (Amt für Jugendarbeit) mit der Vernehmung des Pfarrdienstes im Gruppenamt Mannheim-Vogelstang.

Beendet:

die Beurlaubung der Religionslehrerin Pfarrerin Barbara Köhrmann in der Willy-Hellpach-Schule in Heidelberg; Dienstesatz ab Schuljahresbeginn 1982/83 bis auf weiteres mit halbem Deputat.

Versetzt:

Pfarrvikar Karl Heinz Bothe in Mannheim (Erlöserkirche) als Pfarrvikar nach Langenalb zur Vernehmung des Pfarrdienstes,

Pfarrvikar Albrecht Herrmann in Mosbach (Stiftspfarrrei) als Pfarrvikar nach Kandern zur Verwaltung der Pfarrstelle,

Pfarrvikar Peter Scherhans in Offenburg (Auerstehungspfarrrei) als Pfarrvikar nach Karlsruhe (Amt für Jugendarbeit).

Eingesetzt:

Pfarrvikar Axel-Werner Köckert als Pfarrvikar in Heidelberg (Praktisch-Theologische Ausbildung),

Pfarrvikar Dr. Michael Plathow in Heidelberg-Kirchheim (Wichernpfarrrei) zur Verwaltung der Pfarrstelle.

Ernannt:

Hauptlokomotivführer Klaus Wiederstein zum Hausmeister beim Evang. Oberkirchenrat.

Ausschreibung von Pfarrstellen

Erstmalige Ausschreibungen

(Bewerbungen innerhalb 5 Wochen)

Karlsruhe, Markusgemeinde-West, Kirchenbezirk Karlsruhe und Durlach

Die Pfarrstelle der Markusgemeinde-West wird zum 1. 10. 1982 frei. Sie zählt 3 100 Gemeindeglieder. Mit der Markusgemeinde hat sie die Markuskirche als gemeinsame Gottesdienststätte. Die Kirche ist inzwischen außen und innen renoviert und somit in bestem Zustande.

Die Markusgemeinde-West umfaßt das Gebiet von der Yorckstraße zum Entenfang und von der Kaiserallee zum Industriegebiet im Westen. Durch Wohnblocks der „Sozialwohnung“ und drei Hochhäuser ist es möglich, daß die Gemeinde auf engem Raum zusammenwohnt.

Im Gemeindebereich liegen 1 Altenwohnheim und 3 Altenheime. Es handelt sich bei der Betreuung um eine sehr dankbare Aufgabe. Der vielfache Wechsel bringt interessante Begegnungen.

Zur Gemeinde gehört ein Kindergarten mit 2 Gruppen.

Der Pfarrstelleninhaber hat 6 WoStd. Religionsunterricht zu erteilen.

In der Gemeinde bestehen 3 Jugendkreise, 1 Frauenkreis und „Der Treffpunkt“. Daneben hat der CVJM zwei Gruppen im Gemeindehaus und die AA eine Gruppe.

Ein geräumiges Pfarrhaus (1954 erbaut) mit Garten steht zur Verfügung.

Der neue Pfarrer sollte viele Initiativen und Kraft für die schöne, aber vielfältige Arbeit mitbringen und zur Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde sowie den Gemeinden im Nachbarschaftsbereich des Kirchenbezirks bereit sein.

Lenzkirch-Schluchsee, Pfarrstelle I in Lenzkirch, Kirchenbezirk Freiburg

In der Evangelischen Kirchengemeinde Lenzkirch-Schluchsee im Hochschwarzwald mit zusammen 1 427 Gemeindegliedern wird im September eine der beiden Pfarrstellen mit dem Dienst- und Wohnsitz in Lenzkirch frei. Der bisherige Stelleninhaber wurde nach dreizehnjähriger Tätigkeit in einen anderen Dienst berufen.

Die kirchliche Arbeit erstreckt sich auf die im Diasporagebiet Lenzkirch mit den Ortsteilen Kappel, Raitenbuch, Saig und Holzschlag wohnenden 842 Evangelischen und auf die zahlreichen Kurgäste, die im Sommer und Winter den heilklimatischen Kurort Lenzkirch besuchen. Lenzkirch gehört zu den meistbesuchten Erholungsplätzen unserer Landeskirche. Im vergangenen Jahr wurden im Bereich der Kirchengemeinde 1 408 000 Übernachtungen gezählt, davon 620 000 in Lenzkirch. 8 463 Gästebetten stehen zur Verfügung, davon 4 263 in Lenzkirch. Etwa 60 % der Kurgäste sind evangelisch. Die Zusammenarbeit mit den an der kirchlichen Arbeit sehr interessierten Bürgermeisterämtern und Kurverwaltungen ist ausgesprochen gut.

Die politische Gemeinde Lenzkirch hat 4 668 Einwohner. Grund- und Hauptschule, Kindergarten, Sozialstation, Ärzte, Zahnärzte und Apotheke sind am Ort, alle weiterführenden Schulen in dem elf Kilometer entfernten Titisee-Neustadt.

Mit der zur Kirchengemeinde gehörenden Pfarrei Schluchsee und mit den anderen evangelischen Gemeinden in der Region Hochschwarzwald besteht eine gute Zusammenarbeit, ebenso mit der kath. Gemeinde und mit freikirchlichen Gruppen. Ein aufgeschlossener und dienstbereiter Ältestenkreis steht der Pfarrfamilie zur Seite.

An Gebäuden stehen in Lenzkirch zur Verfügung: die 1952 erbaute Kirche, zwei Gemeinderäume, Teeküche

und das 1968 erbaute Pfarrhaus mit sieben Zimmern, Küche, Bad, WC, zwei Amtsräumen mit eigenem Eingang und Doppelgarage.

Parallel zum sonntäglichen Gottesdienst finden an den meisten Sonntagen gleichzeitig Kindergottesdienste im Gemeindesaal statt. Außerdem sind im Sommer und an hohen Festtagen in der katholischen Kirche in Saig evangelische Gottesdienste.

An Gemeindegruppen bestehen: Bibelkreis, Frauenkreis, Seniorenarbeit und das ökumenische Bildungswerk, sowie für die Jugend mehrere ökumenische Freizeit- und Bibelgruppen, die von engagierten Mitarbeitern mitgetragen werden.

Der Pfarrstelleninhaber hat Religionsunterricht am Kreisgymnasium und den beruflichen Schulen in Titisee-Neustadt zu erteilen.

Mit dem Pfarrdienst war ein Bezirksauftrag für das Gustav-Adolf-Werk verbunden.

Besetzung der vorgenannten Pfarrstellen durch Gemeindewahl.

Bewerbungen innerhalb 5 Wochen an den Evang. Oberkirchenrat; gleichzeitig Anzeige an das für den Bewerber zuständige Dekanat. Eine Vorsprache bei dem für die jeweilige Pfarrstelle zuständigen Dekanat wird empfohlen.

Die **Bewerbungen** müssen bis spätestens **29. September 1982** abends schriftlich beim Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe eingegangen sein.

Verordnungen

Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 6 des kirchlichen Gesetzes über die Vermögensverwaltung und die Haushaltswirtschaft in der Evang. Landeskirche in Baden

Vom 20. April 1982

Gemäß § 94 des kirchlichen Gesetzes über die Vermögensverwaltung und die Haushaltswirtschaft in der Evang. Landeskirche in Baden (KVHG vom 21. Oktober 1976, GVBl. 1977 S. 29) erläßt der Evang. Oberkirchenrat zu § 7 Abs. 6 KVHG nachstehende Verordnung:

§ 1

Angelegenheiten nach § 7 Abs. 2 g KVHG

(1) Kirchengemeinden und Kirchenbezirke, die ein eigenes Verwaltungsamt (Kirchengemeindeamt, Rechnungsamt) unterhalten oder einem solchen für die gesamte Kassen- und Rechnungsführung angeschlossen sind, erhalten im voraus die allgemeine Genehmigung für die Einstellung und Eingruppierung sowie für die Änderungskündigung von

- a) Vor- und Berufspraktikanten im Kindergartenbereich
- b) Mitarbeitern, die unter den MTL II fallen
- c) nebenberuflichen Mitarbeitern im Sinne der Arbeitsrechtsregelung für nebenberufliche Mitarbeiter (AR-NAng) vom 2. August 1980 (GVBl. S. 15), zuletzt geändert durch Arbeitsrechtsregelung Nr. 7/80 vom 24. November 1980 (GVBl. 1981 S. 6).

(2) Für die Kirchengemeinden Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim wird darüber hinaus die allgemeine Genehmigung im Sinne von Absatz 1 erteilt für:

- a) Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen (Einzelgruppenpläne 21 a und 21 b)
- b) hauptamtliche Mitarbeiter in der Verwaltung bis einschließlich Vergütungsgruppe VI b und hauptamtliche Mitarbeiter, die unter die Fallgruppen 1 bis 8 des kirchlichen Einzelgruppenplans 06 fallen, nach vorausgegangener und vom Evang. Oberkirchenrat genehmigter Stellenbewertung
- c) Mitarbeiter im Pflegedienst, die unter Anlage 1 b des BAT - Kr-Tarif - bzw. unter die kirchlichen Einzelgruppenpläne 20 a oder 23 fallen
- d) hauptamtliche Kirchendiener und Hausmeister.

Die Genehmigung nach Absatz 2 a - d gilt nicht bei Vertretung bzw. während der kommissarischen Verwaltung eines Kirchengemeindeamtes. Der Evang. Oberkirchenrat behält sich in besonderen Fällen Einzelentscheidungen vor.

(3) Die Genehmigung nach Absatz 1 und Absatz 2 gilt nicht für die Einstellung von Bewerbern, die nicht der Evang. Kirche angehören oder eines nahen Angehörigen eines Mitgliedes des Kirchengemeinderates bzw. Ältestenkreises (§ 77 Abs. 2 KVHG).

(4) Voraussetzungen der Anwendung der Absätze 1 und 2 sind,

- a) daß die schriftliche Genehmigung des Evang. Oberkirchenrats für jede beabsichtigte Änderung des dem laufenden Haushaltsplan beigefügten Ist-Stellenplanes vorliegt

- b) bei haupt- und nebenberuflichen Mitarbeitern in der Verwaltung, daß die Eingruppierung im Rahmen der vom Evang. Oberkirchenrat genehmigten Stellenbewerbung vorgenommen wird.

Eine Mehrfertigung des mit dem Mitarbeiter geschlossenen Dienstvertrages ist zusammen mit der Anweisung der Zentralen Gehaltsabrechnungsstelle beim Evang. Oberkirchenrat vorzulegen.

(5) In Bereichen, in denen das Diakonische Werk die Fachaufsicht ausübt (z. B. im Kindergarten-, Krankenpflege- und Altenpflegebereich) ist vor Einstellung von Mitarbeitern die Stellungnahme des Diakonischen Werkes einzuholen.

(6) Die Hinweise für die Einstellung von Mitarbeitern durch die Kirchengemeinden und Kirchenbezirke (Bekanntmachung vom 21. Juli 1980 - GVBl. S. 105 -) sind zu beachten, soweit sie durch diese Verordnung nicht überholt sind.

§ 2

Andere Angelegenheiten

Für die Evangelischen Kirchengemeinden Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Mannheim und Pforzheim wird darüber hinaus die allgemeine Genehmigung für folgende Angelegenheiten erteilt:

- a) Bewilligung oder Löschung von Hypotheken, Grund- und Rentenschulden (§ 7 Abs. 2 a KVHG)

- b) Miet- und Pachtverträge bei Verwendung der vom Evang. Oberkirchenrat herausgegebenen Vertragsmuster (§ 7 Abs. 2 c KVHG)
- c) Ausschlagung von Vermächtnissen und Erbschaften (§ 7 Abs. 2 d KVHG)
- d) Führung von Rechtsstreiten vor den Amtsgerichten (§ 7 Abs. 2 k KVHG)
- e) Erwerb der Mitgliedschaft in einem eingetragenen Verein (§ 7 Abs. 2 m KVHG)
- f) Einlassung auf Rechtsstreite vor den Amtsgerichten sowie die Beendigung solcher Rechtsstreite durch Vergleich, Anerkenntnis, Erledigungserklärung oder Klagerücknahme; der Evang. Oberkirchenrat ist jedoch von jeder Maßnahme dieser Art unverzüglich schriftlich zu unterrichten.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September 1982 in Kraft.

Karlsruhe, den 20. April 1982

Evang. Oberkirchenrat

Im Auftrag

Thielmann

Ordnung des Verbandes für Kindergottesdienstarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden

Vom 8. Juni 1982

Der Evangelische Oberkirchenrat hat im Einvernehmen mit dem Verband für Kindergottesdienstarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden - im folgenden „Verband“ genannt - gemäß § 127 Abs. 2 Buchst. k der Grundordnung folgende Ordnung beschlossen:

Präambel

Der Verband unterstützt die Kindergottesdienstarbeit im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden insbesondere dadurch, daß er in Verbindung mit der Kindergottesdienstarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland

geeignete Arbeitshilfen zur Verfügung stellt,

Beratung und Fortbildungsangebote für Mitarbeiter macht

und durch theologische und pädagogische Reflexion die Kindergottesdienstarbeit im Bereich unserer Landeskirche begleitet.

Der Verband arbeitet auf allen Ebenen der Landeskirche eng zusammen mit den Organen und Personen,

die unmittelbar mit der Verantwortung und Leitung in Gottesdienst und Gemeinde beauftragt sind.

§ 1

(1) Die haupt-, neben- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in der Kindergottesdienstarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden bilden den Verband für Kindergottesdienstarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden.

(2) Dem Verband obliegt es, in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten die Kindergottesdienstarbeit in den Gemeinden zu fördern.

§ 2

An der Erfüllung des Auftrages der Kindergottesdienstarbeit wirken insbesondere mit:

- a) die Bezirksbeauftragten,
b) die Landeskonferenz,
c) der Landesarbeitskreis,
d) der Vorsitzende des Verbandes,
e) der landeskirchliche Beauftragte.

§ 3

Bezirksbeauftragte

(1) In jedem Kirchenbezirk beruft der Bezirkskirchenrat nach Anhörung der Pfarrer und Mitarbeiter der Kindergottesdienstarbeit für die Dauer von 6 Jahren einen Bezirksbeauftragten und einen Stellvertreter; einer von beiden soll ein nichttheologischer Kindergottesdienst-Mitarbeiter sein. Der Bezirksbeauftragte ist dem Bezirkskirchenrat verantwortlich und berichtet diesem in regelmäßigen Abständen über seine Tätigkeit.

(2) Dem Bezirksbeauftragten obliegt es,

- a) zu den Dekanen, Schuldekanen, den Bezirksjugendpfarrern und -referenten Verbindung zu halten,
- b) den Kindergottesdienst-Mitarbeitern im Einvernehmen mit dem zuständigen Ältestenkreis Beratung anzubieten,
- c) die Bildung und Tätigkeit von Kindergottesdienst-Mitarbeiterkreisen in den Gemeinden und ihre Zusammenarbeit zu fördern,
- d) mindestens jährlich eine Bezirksrüste für Mitarbeiter im Kindergottesdienst durchzuführen.

§ 4

Landeskonzferenz

(1) Die Landeskonzferenz besteht aus den Bezirksbeauftragten und dem Landesarbeitskreis. Sie wird vom Vorsitzenden des Verbandes einberufen und geleitet.

(2) Der Landeskonzferenz obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Beratung und Entscheidung von Grundsatzfragen,
- b) Erfahrungsaustausch und Anregung zur Arbeit auf Landesebene,
- c) Verabschiedung des Haushaltsplanes und Erteilung der Entlastung,
- d) Wahl des Vorsitzenden des Verbandes für die Dauer von 6 Jahren,
- e) Mitwirkung bei der Berufung des landeskirchlichen Beauftragten.

§ 5

Landesarbeitskreis

(1) Dem Landesarbeitskreis gehören an:

- a) der Vorsitzende des Verbandes,
- b) der landeskirchliche Beauftragte,
- c) der Referent des Evangelischen Oberkirchenrates,
- d) drei theologische und drei nichttheologische Mitglieder aus der Kindergottesdienstarbeit, darunter nicht mehr als drei Bezirksbeauftragte; sie werden von der Landeskonzferenz für die Dauer von 6 Jahren gewählt,
- e) bis zu zwei weitere Mitglieder können vom Landesarbeitskreis hinzugewählt werden.

(2) Im Landesarbeitskreis dürfen nicht mehr als die Hälfte der gewählten Mitglieder zugleich Bezirksbeauftragte sein.

(3) Dem Landesarbeitskreis obliegen:

- a) Anregungen zu und Mitarbeit bei Landesrügen und Freizeiten zur Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und anderer interessierter Personen sowie die Förderung von Bezirksrügen,
- b) Anregung zu Arbeitstagen für Bezirksbeauftragte,
- c) Vorbereitung von Tagungen der Landeskonzferenz und die Ausführung der Beschlüsse,
- d) Unterstützung des landeskirchlichen Beauftragten bei seinen Aufgaben,
- e) Vorbereitung des Haushaltsplanes,
- f) Mitwirkung bei Bezirksrügen.

(4) Der Vorsitzende des Verbandes führt auch den Vorsitz im Landesarbeitskreis.

§ 6

Der landeskirchliche Beauftragte

(1) Der Evangelische Oberkirchenrat beruft nach Anhörung der Landeskonzferenz einen landeskirchlichen Beauftragten für Kindergottesdienstarbeit auf Zeit. Der Dienstauftrag kann nach Anhörung der Landeskonzferenz erneuert werden.

(2) Der landeskirchliche Beauftragte führt die laufenden Geschäfte des Verbandes.

(3) Im übrigen werden die Aufgaben des landeskirchlichen Beauftragten durch eine Dienstanweisung des Evangelischen Oberkirchenrates geregelt.

§ 7

Der Vorsitzende des Verbandes

Der Vorsitzende des Verbandes wird von der Landeskonzferenz für die Dauer von 6 Jahren gewählt. Er führt den Vorsitz in der Landeskonzferenz und im Landesarbeitskreis und vertritt den Verband nach außen.

§ 8

Der Verband erhält für seine Arbeit Zuweisungen nach Maßgabe des landeskirchlichen Haushaltsplanes. Für das Haushalts-, Kassen- und Prüfungswesen gelten das kirchliche Gesetz über die Vermögensverwaltung und Haushaltswirtschaft in der Evangelischen Landeskirche in Baden (KVHG) vom 21. 10. 1976 (GVBl. 1977 S. 29 ff.) und die hierzu ergehenden Durchführungsbestimmungen. Die Kassenführung liegt bei der Gemeinsamen Geschäftsstelle der Werke und Dienste des Evangelischen Oberkirchenrats. Die Rechnungsprüfung erfolgt nach Maßgabe des kirchlichen Gesetzes über das Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Landeskirche in Baden vom 21. 10. 1976 (GVBl. S. 139 ff.).

§ 9

Vor Änderung dieser Ordnung oder Auflösung des Verbandes ist die Landeskonzferenz zu hören.

§ 10

Diese Ordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Gesetzes- und Verordnungsblatt der Evangelischen Landeskirche in Baden in Kraft.

Karlsruhe, den 8. Juni 1982

Evang. Oberkirchenrat

Dr. Sick

Bekanntmachungen

OKR 23. 7. 1982
Az. 11/21-3948

Errichtung einer Pfarrstelle in der Evang. Kirchengemeinde Ühlingen-Birkendorf

In der Evang. Kirchengemeinde Ühlingen-Birkendorf wird mit Wirkung vom 1. 9. 1982 eine Pfarrstelle errichtet, deren Dienstbezirk die Ortsteile Ühlingen, Birkendorf, Hürllingen, Obermettingen, Riedern am Wald und Untermettingen der politischen Gemeinde Ühlingen-Birkendorf umfaßt.

OKR 20. 7. 1982

Az. 22/1172 und 22/1173
Theologische Prüfungen im Winter 1982/83, im Frühjahr und Sommer 1983

Im Winter 1982/83, im Frühjahr und Sommer 1983 werden theologische Prüfungen an folgenden Terminen abgehalten:

Erste theologische Prüfung im Winter 1982/83:

vom 22. bis 26. November 1982
(schriftlicher Teil in Heidelberg)

vom 31. Januar bis 4. Februar 1983
(mündlicher Teil in Karlsruhe)

Meldeschluß: 15. September 1982

Erste theologische Prüfung im Sommer 1983:

vom 9. bis 13. Mai 1983
(schriftlicher Teil in Heidelberg)

vom 27. Juni bis 1. Juli 1983
(mündlicher Teil in Karlsruhe)

Meldeschluß: 15. März 1983

Zweite theologische Prüfung im Frühjahr 1983:

vom 17. bis 21. Januar 1983
(schriftlicher Teil in Karlsruhe)

vom 14. bis 18. März 1983
(mündlicher Teil in Karlsruhe)

Meldeschluß: 8. November 1982

Zweite theologische Prüfung im Sommer 1983:

vom 18. bis 22. Juli 1983
(schriftlicher Teil in Karlsruhe)

vom 12. bis 16. September 1983
(mündlicher Teil in Karlsruhe)

Meldeschluß: 9. Mai 1983

Bei der Meldung zur ersten und zweiten theologischen Prüfung wollen sich die Kandidaten eines Formblattes bedienen, das beim Evang. Oberkirchenrat angefordert werden kann.

OKR 20. 7. 1982
Az. 22/1144

Bibelkundeprüfungen im Jahr 1983

Im Frühjahr und Herbst 1983 werden Bibelkundeprüfungen beim Evang. Oberkirchenrat in Karlsruhe an folgenden Terminen abgehalten:

Bibelkundeprüfung im Frühjahr 1983:

am Mittwoch, dem 23. März 1983

– bei Bedarf auch am Donnerstag, dem 24. März 1983 –

Meldeschluß: 26. Januar 1983

Bibelkundeprüfung im Herbst 1983:

am Mittwoch, dem 28. September 1983

– bei Bedarf auch am Donnerstag, dem 29. September 1983 –

Meldeschluß: 17. August 1983

Dem Gesuch um Zulassung ist ein nach Disziplinen geordnetes Verzeichnis aller bisher belegten Vorlesungen und Seminare einschließlich der nichtexegetischen Lehrveranstaltungen beizufügen.

OKR 8. 7. 1982
Az. 50/3

Hinweise zur Verordnung über die allgemeine Genehmigung nach § 7 Abs. 6 KVG

Für die von dieser Verordnung erfaßten Rechtsgeschäfte wird die aufsichtliche Genehmigung vorab allgemein erteilt. In diesen Fällen erübrigt sich eine Vorlage an den Evang. Oberkirchenrat. Lediglich bei der Einstellung von Mitarbeitern ist vom Verwaltungsamt (Kirchengemeindeamt, Rechnungsamt) zusammen mit der Einstellungsanweisung (Zahlungsanweisung) der Zentralen Gehaltsabrechnungsstelle des Evang. Oberkirchenrats eine Dienstvertragsfertigung für Zwecke der Rechnungsprüfung vorzulegen. Dies gilt entsprechend auch bei einer Änderung des Dienstvertrages (Erhöhung des Beschäftigungsgrades, Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit).

Die allgemeine Genehmigung gilt nicht für Kirchengemeinden und Kirchenbezirke, die die Kassen- und Rechnungsführung einem Rechner oder sonstigen Mitarbeiter übertragen haben, und zwar auch dann nicht, wenn die Rechnungsstellung durch ein Verwaltungsamt (Kirchengemeindeamt oder Rechnungsamt) erfolgt.

Voraussetzung für das Vorliegen der allgemeinen Genehmigung nach § 1 Abs. 1 Buchstabe a–c i. V. m. Abs. 3 und 4 ist,

- daß der Mitarbeiter evangelisch ist und
- mit gleichem oder geringerem Beschäftigungsgrad als der Stellenvorgänger angestellt wird,
- bei Anstellung mit höherem Beschäftigungsgrad als beim Stellenvorgänger oder bei Einsatz auf einer neuerrichteten Stelle, daß die schriftliche Genehmigung entsprechend Absatz 4 Buchst. a der Verordnung i. V. m. § 7 Abs. 3 Buchst. a der Verordnung i. V. m. § 7 Abs. 3 Buchst. a KVHG vorliegt,
- bei Mitarbeitern, die unter den MTL fallen, daß Einstufung im Rahmen des Lohngruppenverzeichnis erfolgt,
- bei den in § 3 Buchst. a-e AR-NAng II genannten nebenberuflichen Mitarbeitern, daß Stundenvergütung nach dieser Vorschrift festgesetzt wird,
- bei sonstigen nebenberuflichen Mitarbeitern gemäß § 3 Buchst. f AR-NAng II, daß die Einstufung im Rahmen der für die einzelnen Berufsgruppen getroffenen und in der Bekanntmachung zu dieser Vorschrift veröffentlichten Grundsatzentscheidungen; soweit solche nicht ergangen sind, daß die Eingruppierung im Rahmen der vom Evang. Oberkirchenrat genehmigten Stellenbewertung vorgenommen wird.

Für die den Großstadtkirchengemeinden darüber hinaus erteilte allgemeine Genehmigung gemäß § 1 Abs. 2 dieser Verordnung gelten dieselben Voraussetzungen. Weitere Voraussetzung ist, daß, soweit nicht eine Stellenbewertung nach Absatz 2 Buchst. b der Verordnung vorausgegangen sein muß, die Eingruppierung im Rahmen der Vergütungsordnung erfolgt.

Vom Diakonischen Werk ist v o r der Einstellung von Mitarbeitern in Bereichen, in denen das Diakonische Werk die F a c h a u f s i c h t ausübt (im Kindergartenbereich für Vorpraktikantinnen, Berufspraktikantinnen, Kinderpflegerinnen und Erzieherinnen; in der Gemeindekrankenpflege und -altenpflege für Alten-, Haus- und Familienpflegehelferinnen sowie Alten-, Haus- und Familienpflegerinnen) eine Stellungnahme einzuholen (§ 1 Abs. 5 der Verordnung), und zwar u n a b h ä n g i g d a v o n, ob die Einstellung unter die allgemeine Genehmigung gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 2 fällt oder nicht. Vom Diakonischen Werk wurde eigens für die Abgabe der Stellungnahme in Abstimmung mit dem Evang. Oberkirchenrat ein Formular erarbeitet, um eine zügige Erledigung sicherzustellen.

Bisher wurden die Dienstverträge mit den Fachkräften in Kindertagesstätten sowie in der Gemeindekrankenpflege und -altenpflege in aller Regel von den An-

stellungsträgern dem Diakonischen Werk übersandt. A b w e i c h e n d hiervon sind mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung in allen Fällen, in denen die allgemeine Genehmigung nicht gilt und Einzelgenehmigung nach § 7 Abs. 2 Buchst. g KVHG für Mitarbeiter im Bereich der Kindertagesstätten sowie der Gemeindekrankenpflege und -altenpflege erforderlich ist, auch die Dienstverträge für diese Mitarbeiter unmittelbar dem Evang. Oberkirchenrat zusammen mit der Stellungnahme des Diakonischen Werkes gemäß § 1 Abs. 5 der Verordnung vorzulegen. Vom Evang. Oberkirchenrat wird dann jeweils ein Genehmigungsbescheid nach § 7 Abs. 2 Buchst. g KVHG wie bei Mitarbeitern in anderen Arbeitsbereichen erlassen.

Um das Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, wurde ein A n t r a g s v o r d r u c k erarbeitet. Der Vordruck ist bei allen Einstellungen und Eingruppierungsänderungen, die der Genehmigung nach § 7 Abs. 2 Buchst. g KVHG unterliegen, zu verwenden und kann über die Expeditur beim Evang. Oberkirchenrat bezogen werden.

OKR 27. 7. 1982
Az. 65/20-573

Instandhaltung von Dienst- und Werkdienstwohnungen; hier: Tapetenhöchstpreise

Für Dienst- und Werkdienstwohnungen im Bereich der Evang. Landeskirche in Baden werden die Höchstsätze für Tapeten rückwirkend ab 1. Januar 1982 neu festgesetzt.

Vom Gebäudeeigentümer bzw. Unterhaltspflichtigen werden ab diesem Zeitpunkt folgende Tapetenkosten übernommen:

Für Dielen, Flure und Wohnküche	10,- DM/Rolle,
für Wohn-, Schlaf- und Diensträume	15,- DM/Rolle,
für Rauhfaser tapeten	4,50 DM/qm,
für Anstrich von Rauhfaser tapeten	4,50 DM/qm.

Die über diesen Höchstsätzen liegenden Kostenanteile sind von den Dienst- bzw. Werkdienstwohnungsinhabern zu übernehmen.

Für die Inhaber von Dienstwohnungen, zu denen das Land Baden-Württemberg baupflichtig ist, gelten die mit Erlaß vom 1. 10. 1979 - Az. 60/20-9243 - festgesetzten und im GVBl. 1979 S. 122 veröffentlichten Höchstsätze weiter. Den in Frage kommenden Kirchengemeinden wird empfohlen, den Inhabern solcher Dienstwohnungen die Differenzbeträge zwischen den staatlichen und den hier veröffentlichten Höchstbeträgen auf Nachweis zu erstatten.